

Zitierhinweis

Michalka, Wolfgang: review of: Theodor Mögling, Für Freiheit und Demokratie. Mitteilungen eines 1848er-Revolutionärs, Brackenheim: Carlesso, 2009, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2011, 1, DOI: 10.15463/rec.1189726453



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismusforschung 1/2011

Frank Engehausen: Kleine Geschichte der Revolution 1848/49 in Baden

Karlsruhe: G. Braun Buchverlag 2010, 216 S., 26 s/w-Abb, geb., ISBN 978-3-7650-8596-3

Theodor Mögling: Für Freiheit und Demokratie. Mitteilungen eines 1848er-Revolutionärs

Mit einem Vorwort neu herausgegeben von Giovanna-Beatrice Carlesso
Brackenheim: Carlesso Verlag 2009, 286 S., ISBN 978-3-939333-07-4

Kurt Hochstuhl: Friedrich Hecker. Revolutionär und Demokrat

Stuttgart. W. Kohlhammer Verlag 2011, 122 S., ISBN 978-3-17-021626-0

Nach "Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806-1918" (2005) und dem utb-Seminarbuch "Die Revolution von 1848/49" (2007) legt nun der wohl beste Kenner der Geschichte Badens "Die Revolution 1848/49 in Baden" vor. Entgegen einer "badischen" Akzentuierung versteht Frank Engehausen die Geschehnisse in Baden eindeutig als Teil der deutschen Revolution. Und wer "Heldengesänge" erwartet, wird enttäuscht. Im Gegenteil: Friedrich Hecker und besonders Gustav Struve werden kritisch auf den Prüfstand gestellt. Engehausen arbeitet zwar das Spezifische der Umbruchsituation im deutschen Südwesten heraus, sieht diese jedoch im größeren überregionalen Kontext und im starken Maße abhängig von der allgemeinen, sprich: nationalen, aber auch europäischen Entwicklung. Gemäß der Vorgaben der bewährten Reihe verzichtet die gut lesbare kompakte Darstellung auf einen umfangreichen wissenschaftlichen Apparat, ohne allerdings die reichhaltige Forschung auszublenden. Der Autor erinnert, dass im Gegensatz zu den absolutistisch regierten Großmächten Preußen und Österreich Baden seit 1818 ein Verfassungsstaat und eher modern als rückständig war. Großherzog Leopold I. bemühte sich um ein einvernehmliches Verhältnis zu den Liberalen. Selbst radikale Publizisten wie Gustav Struve und Joseph Fickler wurden zwar schikaniert, aber nicht durch Haftstrafen – wie das in anderen Bundesstaaten praktiziert wurde – mundtot gemacht. Allerdings engte der Deutsche Bund mit seinen repressiven "Karlsbader Beschlüssen" die Handlungsmöglichkeiten ein. Erschwerend kam die allgemeine wirtschaftliche Krisensituation hinzu, die 1845-47 zu einer Ernährungskrise führte und in Baden in die Dreifabrikefrage gipfelte. Über die Auseinandersetzung um mögliche Staatshilfen und damit auch zur Rettung von rund 3500 Arbeitsplätzen kam es zur endgültigen Spaltung der Liberalen. Dabei ging es um die grundsätzliche Frage, ob der Staat das freie Spiel der Kräfte im Wirtschaftsleben mit Hilfsmaßnahmen beeinträchtigen dürfe. Die Entschiedenen hatten ihr Programm bereits im September 1847 in Offenburg formuliert. Ihre in 13 Punkten gebündelten Forderungen, die als "zentraler Text" deutscher Demokratiegeschichte gewürdigt werden, haben im krassen Gegensatz zu den bestehenden Verhältnissen gestanden und keinerlei Andeutungen über deren mögliche Realisierung gegeben, so dass es nahe liege, diese nur über einen revolutionären Umsturz erreichen zu können. Die badi-

sche Regierung belangte dann auch die Hauptredner, so auch Gustav Struve, dem die Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz allerdings nicht nachgewiesen werden konnte. Auch die gemäßigten Liberalen reagierten, indem sie sich vier Wochen später in Heppenheim trafen, um das Vorgehen der Opposition auch in anderen Verfassungsstaaten gegen die auch für sie unerträgliche Repressionspolitik des Bundes abzustimmen. Damit – so der Autor – war in Baden ein beträchtliches politisches Protestpotential vorhanden, auch wenn weniger die Landes- als vielmehr die Bundespolitik kritisiert wurde.

Die Nachricht vom Sturz Königs Louis Philippe in Paris am 24. Februar 1848 löste einen politischen Flächenbrand aus. Schon drei Tage später wurden in Mannheim Forderungen verabschiedet, die der Großherzog ohne Wenn und Aber erfüllte und Liberale in die Regierung berief. Anfang März wurde in Heidelberg der Weg über ein Vorparlament zur Deutschen Nationalversammlung geebnet. Die Radikalen um Friedrich Hecker und Gustav Struve konnten damit nicht einverstanden sein. Sie verließen den legalen Weg und wollten die Republik mit einem Marsch auf Karlsruhe regelrecht erzwingen. Sie scheiterten an schlechter Vorbereitung und vor allem an der umstrittenen Legitimität ihres Vorgehens. Der Kampf der Gemäßigten an zwei Fronten gegen Reaktion und Anarchie verlagerte sich in den Landtag. Um das fürstliche Militärmonopol zu brechen, wurden auf die Verfassung vereidigte bewaffnete Bürgerwehren eingeführt, die sich aber – so wird betont – keineswegs als Werkzeug der Revolution verstanden haben. Als nämlich im Gefolge des Heckerzuges Freischärler in Heidelberg einmarschierten, wurden diese von der Bürgerwehr entwapfnet. Bürgerliche Mitverantwortung kam auch in der Einführung von Geschworenengerichten zum Ausdruck. Die durchaus erfolgreiche Reformpolitik des Landes stand allerdings im Schatten der Nationalversammlung, die ihre Arbeit Mitte Mai 1848 aufnahm, was besonders an der Wirtschafts- und Sozialpolitik gezeigt wird. In Baden bewirkten die Wahlen zur Nationalversammlung regelrecht eine Umkehrung der politischen Kräfte. Von den 20 Wahlkreisen konnten die Liberalen gerade mal sechs gewinnen, so dass die Radikalen als überlegene Gewinner hervorgingen, allerdings in Frankfurt nicht die Rolle der Liberalen spielen konnten.

Als es im September 1848 dort zu Demonstrationen und Straßenkämpfen kam, nutzte Gustav Struve das Protestpotential und rief in Lörrach die Republik aus. Badische Truppen vereitelten jedoch den Umsturz.

Die inzwischen auch vom Grundrechtskatalog der im Dezember 1848 in der Paulskirche verabschiedeten Verfassung garantierte freie Presse und ein dichtes Netz demokratischer Vereine mit hohen Mitgliederzahlen errangen die Meinungsführerschaft und dienten auch zur Politisierung der Soldaten. Die Radikalen sprachen dem badischen Landtag die Legitimität ab und forderten eine Verfassungsreform. Und nach Ablehnung der Kaiserkrone und damit auch der Verfassung durch den preußischen König war das Werk der Paulskirchenversammlung in Frage gestellt, so dass die Radikalen ihren revolutionären Weg bestätigt sahen. Das war der Startschuss für die sogenannte Reichsverfassungskampagne. Diesen Begriff verwirft Engehausen, weil er der besonderen Lage in Baden nicht entsprechen könne, denn der Großherzog akzeptierte die Paulskirchenverfassung, mit der sich allerdings die Radikalen nicht einverstanden erklären konnten. Die Situation eskalierte, als sich Soldaten der Bundesfestung Rastatt mit der Bürgerwehr verbrüdeten und sich für eine Verfassungsreform in Baden einsetzten. Nach der Flucht des Großherzogs ernannte der Landesausschuss eine provisorische Regierung und setzte Neuwahlen für eine verfassungsgebende Versammlung an. Das erste demokratisch gewählte Parlament in Deutschland war das Ergebnis.

Für den Oberbefehl der Revolutionsarmee konnte der polnische General Ludwik Mieroslawski gewonnen werden, der den undankbaren Auftrag erhielt, die badische Republik gegen die vom geflohenen Großherzog zu Hilfe gerufenen preußischen Bundestruppen zu verteidigen. Eine Aufgabe, die angesichts der

schlecht ausgebildeten und wenig geordneten Kräfte der Republikaner mit der Kapitulation von Rastatt am 23. Juli 1849 scheiterte. Auch nach der Rückkehr Leopolds I. blieb Baden ein von Preußens Gnaden abhängiges Land. Die Standgerichte übten grausame Vergeltung besonders unter Offizieren und Soldaten. Gedenkverbote ließen recht spät die Ehrung der zahlreichen Opfer sowie eine kritische Auseinandersetzung mit der badischen Revolution 1849 zu. Dabei spielten die Revolutionserinnerungen auch von prominenten Radikalen eine wichtige Rolle.

Die 1858 in der Schweiz erschienene Autobiographie des an vorderster Front des revolutionären Kampfes beteiligten Theodor Mögling bieten dafür ein höchst anschauliches Beispiel und lassen den Leser regelrecht "hautnah" an den umstürzenden Ereignissen teilnehmen. Und wenn Frank Engehaus in seiner ausgewogen-abwägenden Darstellung mehr der Position der "Gemäßigten", der Liberalen zuneigt, so steht Mögling eindeutig auf der Seite der "radikalen" Demokraten.

Theodor Mögling, als Sohn eines Lehrers 1814 im württembergischen Brackenheim geboren, widmete sich der Landwirtschaft und spezialisierte sich auf die Seidenraupenzucht und wurde Aufseher der Rottenburger Seidenzuchtanstalt. Zahlreichen fachspezifische Veröffentlichungen machten ihn über die Grenzen hinaus bekannt.

Politisch interessiert, sah er in der Bürokratie den "Krebsschaden jeder Staatsverfassung." Anstatt im Winter 1846/47 die durch schlechte Ernten verursachte Ernährungsknappheit und Teuerung durch gerechte Teilung zu kompensieren, wurden im Ausland für teuer Geld Lebensmittel gekauft, die in teilweise verdorbenem Zustand und mit erhöhten Preisen das Gegenteil bewirkten. In einem ausführlichen Antrag an die württembergische Ständekammer vom Januar 1848, der im Anhang seiner Erinnerungen abgedruckt ist, nahm Mögling die Ernährungskrise zum Anlass und analysierte "die Organisation der landwirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse" und entwarf eine grundlegende Strukturreform der Agrar- und Gewerbeordnung Württembergs.

1847 wurde er als Nachfolger von Robert Mohl, der einem Ruf der Heidelberger Universität folgte, in die zweite Kammer des württembergischen Landtags gewählt, wo er als Mitglied der Finanzkommission vor allem die Steuerpolitik kritisierte. Er verstand seine Ideen als "demokratisch und sozialistisch" und distanzierte sich vom Kommunismus, weil dieser "der Gleichheit die Freiheit und Selbständigkeit" opfern und das Eigentum vernichten würde. Kommunismus sei daher "der menschlichen Natur zuwider" (S. 72).

Vom 31. März bis 4. April 1848 nahm er am Vorparlament in der Frankfurter Paulskirche teil. Dort lernte er Friedrich Hecker und Gustav Struve kennen. Er, der ursprünglich "auf friedlichem parlamentarischem Wege" die Übel beseitigen wollte, schloss sich diesen radikal-demokratischen Republikanern an und verließ Frankfurt. Bald hatte er "das Schwert mit der Feder vertauscht" (S. 92), wurde zum Anführer der Konstanzer Arbeiter gewählt und schloss sich mit dieser "Kerntruppe" dem Heckerzug an. Aber anstatt der erhofften 20 000 Arbeiter folgten nur wenige, etwa 400 bis 500 schlecht Bewaffnete. Ebenso erwies sich die Hoffnung, Soldaten der Bundestruppen würden scharenweise zu ihnen überlaufen, als Illusion. Über das Treffen bei Kandern, bei dem General Friedrich von Gagern den Tod fand, berichtet Mögling detailliert.

Auch am Struve-Aufstand nahm Mögling teil. Trotz der Rückschläge blieb er der revolutionären Sache treu. Im Dezember 1848 schrieb er Emma Herwegh: "Es nützt aber alles nichts, die Revolution ist einmal im Zuge, und wird nicht eher stille stehen, als bis unsere Zwecke erreicht sind. Ich wenigstens lasse, solange ich lebe, nicht eher nach." (S. 16) Schon im Mai 1849 wurde Mögling wieder aktiv. Er verließ sein Exil in Frankreich bzw. der Schweiz und schloss sich den revolutionären Truppen in Baden

an. Im Gefecht von Waghäusel am 21. Juni 1849 übertrug ihm General Miroslawski den Angriff gegen die preußischen Truppen. Eine feindliche Kugel zerschmetterte ihm den linken Schenkelknochen und machte ihn kampfunfähig. In Heidelberg geriet er in preußische Gefangenschaft. Die vom Mannheimer Standgericht verhängte Todesstrafe wurde in eine zehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt, da die Hinrichtung eines Schwerverwunderten öffentliches Ärgernis befürchten ließ. Auch im Gefängnis blieb er seiner revolutionären Gesinnung treu und lehnte es ab, ein Gnadengesuch auf vorzeitige Haftentlassung zu stellen. 1855 profitierte er von einer Amnestie. Bereits während seiner Haftzeit in Bruchsal, die ausführlich geschildert wird, verfasste Mögling zahlreiche Veröffentlichungen und schrieb seine Erinnerungen, die schließlich 1858 in der Schweiz erschienen. Bemerkenswert ist der im Anhang wiedergegebenen "Politischen Katechismus", in dem Mögling "die Einführung einer freien vernunftgemäßen Staatsverfassung" als Ziel der Republikaner gegen Verleumdungen von Seiten der Monarchisten rechtfertigt. 1859 traf er am Comer See Giuseppe Garibaldi, den er als "einen Mann nach meinem Geschmack" (S. 20) verehrte und ihm ein literarisches Denkmal setzte. Das Angebot Ferdinand Lassalles, Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Schwaben zu werden, schlug er aus. 1867 starb er im Alter von 52 Jahren an den Folgen mehrerer Schlaganfälle.

Theodor Mögling, dessen "reine(r) Hand das Schwert ... für die deutsche Republik" (S. 21) erhoben hatte, wie es bei seiner Beisetzung hieß, geriet bald in Vergessenheit. Die begrüßenswerte Neuauflage seiner Erinnerungen bieten nun einen höchst informativen "Insiderbericht" eines Vorkämpfer deutscher Demokratiegeschichte und verdienen große Aufmerksamkeit.

Eine begrüßenswerte Ergänzung bietet jetzt Kurt Hochstuhls Hecker-Biographie. Dieser zum Mythos aufgestiegene entschiedene Demokrat, der gern als Schlüsselfigur der Revolution in Baden begriffen wird, verließ schon im September 1848 das revolutionäre Geschehen und emigrierte in die Vereinigten Staaten.

Aus einem freisinnigen Elternhaus stammend studierte Hecker in Heidelberg Rechtswissenschaft. Besonders A.F.J. Thibaut, C.J.A. Mittermaier und das Staatslexikon von C. von Rotteck prägten sein politisches Denken. Als Mannheimer Rechtsanwalt heiratete er 1839 die aus einer betuchten Kaufmannsfamilie stammende Josefine Eisenhardt. Sein politischer Ziehvater wurde Adam von Itzstein, der Heckers rhetorisches und generell politisches Talent entdeckte und ihn in seinem Hallsteinkreis, der "liberalen Denkfabrik des Vormärz", mit namhaften Liberalen Süddeutschlands, aber auch mit Robert Blum aus Leipzig, bekannt machte. Hecker zog 1842 in den Mannheimer Gemeinderat und kurze Zeit später für den Wahlbezirk Weinheim-Ladenburg in die 2. badische Kammer. Seine Teilnahme am Hambacher Fest im Mai 1832 ist zwar nicht belegt, aber wahrscheinlich. Für seine politische Reputation bedeutender waren 1843 seine öffentlichen Auftritte anlässlich der Feiern zum 25jährigen Bestehen der badischen Verfassung. Mit Friedrich Daniel Bassermann, Karl Mathy und Alexander von Soiron zählte Hecker bald weit über die Grenzen Mannheims zur "jungen liberalen Politiker-Garde". Mitstreiter, ja zu seinem "politischen Alter Ego" sollte Gustav Struve werden, der sich durch asketische Lebensführung, radikale politische Ansprüche und doktrinäre Konsequenz auszeichnete. Im Mittelpunkt ihres politischen Handelns stand die "sociale Frage", das Missverhältnis von Besitz und Armut. Beide unterschieden sich von den meisten Liberalen dadurch, dass sie nicht nur diskutierten, sondern auch praktische Hilfen entwickelten. So gründeten sie 1846 in Mannheim den "Verein zur Beförderung des Wohls der arbeitenden Klasse", um mit einer städtischen Tafel gegen die Hungerkrise und letztlich auch gegen die Massenarmut anzukämpfen. Der Verfasser betont die Bedeutung des demokratisch verfassten Vereinswesens als Gegenentwurf zu den deutschen repressiv-obrigkeitsstaatlichen Überwachungsstaaten. Am Beispiel des Deutschkatholizismus wird dies dargestellt. All dies mündete und gipfelte in den 13 Forderungen von Offenburg, das bald als "badisches Bethlehem" galt. Diese wurden von

der liberalen Presse Badens, aber auch in anderen Staaten verbreitet, und Hecker konnte seinen Ruf als populärer Oppositionsführer weit über die Grenzen des Großherzogtums festigen.

Zu Beginn des "merkwürdigen Jahres 1848" war er allerdings im Gegensatz zu Struve eher der Bremse, zu sehr spürte er, wie sich "alle Erwartungen auf die eigene Person konzentrierten" (S. 57). Enttäuscht wurden dann auch seine großen Erwartungen in Frankfurt, wo die geforderte "Permanenz" des revolutionären Vorparlaments abgelehnt und durch den Fünzigerausschuss ersetzt wurde. "Jetzt galt es zu handeln", war nun seine Devise. Denn er war "der festen Zuversicht, dass es keines Schwertstreiches und keines Schusses bedürfe, dass der Zug ein wahrer Festzug sein und ganz Deutschland dem Beispiel Badens, das immer vorangegangen, folgen würde." (S. 70f.) Als dann der radikale Publizist Fickler in Karlsruhe verhaftet wurde, gab es für Hecker kein Zurück. Hochstuhls Urteil fällt dann auch vernichtend aus: "Was war seine bürgerliche Reputation im Vergleich zum unsterblichen Ruhm eines deutschen Freiheitskämpfers, der ihm winkte? Gefangen in diesen Mythos und selbst gewillt, ihm auch zu entsprechen, war Hecker allerdings die richtige Einschätzung von Kräften und Gegenkräften abhandeln gekommen." (S. 71f.) Nach dem kläglichen Scheitern seines "Festzugs" nach Karlsruhe setzte er sich in die Schweiz ab. Seine Wahl und auch Nachwahl für den Bezirk Tiengen am Oberrhein wurde von der Nationalversammlung nicht anerkannt. Enttäuscht und voller Bitterkeit schiffte er sich am 5. September 1848 nach Amerika, dem "Land der Freiheit", ein. In New York bereiteten ihm Tausende einen begeisterten Empfang, "wie seit Lafayette kein Europäer", so dass er "an keine Rückkehr" (S. 84) denke, schrieb er seiner Frau, die mit den Kindern nachkam.

Im südlich von St. Louis gelegenen Bellville ließ er sich nieder und versuchte sich als "Latin Farmer" – wie die akademisch ausgebildeten Europäer spöttisch genannt wurden. Schon im Sommer 1849 folgte er dem Ruf der siegreichen Revolutionäre und kehrte nach Baden zurück. Doch er kam zu spät. Die Revolution war niedergeschlagen. Ohne ein offizielles Amt anzustreben, machte er sich in seiner neuen Heimat im Vereinswesen, als Autor und durch Wahlreden für die Republikanische Partei "politisch nützlich". Mit Carl Schurz, dem "wohl fähigsten amerikanischen Politiker deutscher Herkunft" (S. 111) teilte er die Überzeugung von der Republik als beste demokratische Staatsform. Seine Stunde und generell die der "Forty Eighters" kam im amerikanischen Bürgerkrieg. Inzwischen im 50. Lebensjahr stellte er sich als Freiwilliger seinem früheren Mitstreiter und ehemaligen Kriegsminister des revolutionären Badens Franz Siegel, der zum General aufstieg, zu Verfügung. Hecker selbst wurde schließlich Oberst der "Hecker-Jäger", allerdings mit mäßigem militärischen Erfolg. 1864 nahm er seinen Abschied. Nach wie vor verfolgte er die politische Entwicklung in Europa und natürlich in Deutschland. 1873 besuchte er für drei Monate seine alte Heimat, wo er begeistert aufgenommen wurde. Allerdings konnte er sich mit dem Bismarck-Reich wenig anfreunden. Er starb am 24. März 1881. Zahlreiche Feierlichkeiten und Denkmäler würdigten ihn als Revolutionär und Demokrat.

Hochstuhl bietet eine flott geschriebene und kenntnisreiche Lebensgeschichte des legendären badi-schen Freiheitskämpfers. Als eine wertvolle "Fundgrube" dient ihm die profunde Hecker-Biographie Sabine Freitags (1998)¹. Er versteht es überzeugend, individuelles Handeln im politisch-historischen Kontext auszuloten und zu vermessen und den "wirklichen" Hecker zu portraituren.

Heidelberg

Wolfgang Michalka

¹ Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners, Stuttgart 1998.